

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Niederschrift

SGA/017/2016

der 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit - **öffentlicher Teil** -
am Donnerstag, dem 24.11.2016, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

Anwesenheit:

Landrätin

Sojka, Michaela

Fraktion CDU

Greunke, Marcel
Gumprecht, Christian
Hummel, Thomas

Vertretung für Herrn Dr. Hans-Joachim Horny

Fraktion Die Linke Altenburger Land

Hübschmann, Klaus
Plötner, Ralf

Fraktion SPD

Schemmel, Volker

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter

FDP (fraktionslos)

Hermann, Rolf

beratende Mitglieder

Arndt, Christiane

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Geschäftsführer

Blase, Lutz Dr.
Werner, Gundula Dr.

Fachbereichsleiter

Nowosatko, Dirk

Fachdienstleiter

Dhein, Stefan Prof. Dr. med.
Heiner, Jens
Weichelt, Steffi

Schriftführung

Hillig, Barbara

Entschuldigt:

Fraktion CDU

Horny, Hans-Joachim Dr.

Fraktion SPD

Prehl, Ingo

beratende Mitglieder

Helbig, Christine

Matzulla, Gabriele

Unentschuldigt:

beratende Mitglieder

Ebert, Barbara

Johne, Dr. Thomas

Vorsitz: Gumprecht, Christian

Schriftführung: Barbara Hillig

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:15 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 17. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung vom 27. Oktober 2016
- 2 Informationen, Allgemeines

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung vom 27. Oktober 2016

Die Niederschrift der 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 27.10.2016 wird bei 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

TOP 2 Informationen, Allgemeines

Die Landrätin informiert, dass der Kreistagsbeschluss Projekt „Mehr wert sein – Mehrwert schaffen“ umgesetzt worden ist. Die Kooperationsvereinbarung ist unterzeichnet, so dass für 20 Langzeitarbeitslose Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. In diesem Zusammenhang weist die Landrätin darauf hin, dass im Landkreis ein Rückgang der Arbeitslosigkeit unter 10 % zu verzeichnen ist. Auch bei den Langzeit-Leistungsbeziehern konnte eine Verbesserung der Zahlen in diesem Jahr erreicht werden. Bei den Eingliederungsleistungen gibt es eine der höchsten Mittelauslastungen in unserem Landkreis gegenüber anderen Landkreisen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine positive Entwicklung zu verzeichnen ist.

Weiterhin informiert die Landrätin, dass die Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Thüringen ab 01.01.2017 erfolgt. Bis zum heutigen Tag sind 16 von 17 Landkreisen beigetreten. Die Vereinbarung ist am 17.10.2016 in Kraft getreten. Das bedeutet, dass die Landkreise mit der Abrechnung der Krankenleistungen nichts mehr zu tun haben, sondern nur die Ausga-

be der elektronischen Gesundheitskarte bzw. der vorläufigen Leistungsbescheinigung. Zukünftig können die Leistungserbringer direkt mit dem Land abrechnen. Begleitend zu diesem Verfahren erfolgt eine Anpassung der Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung, hierbei ergeben sich wieder viele Unbekannte, deshalb ist es strategisch günstig, dass im Dezember der Haushalt beschlossen wird.

Eine weitere Information erfolgt zum Unterhaltsvorschussgesetz. Die Bezugsdauer soll von 6 auf 18 Jahre erweitert werden. Hierzu liegt noch kein Gesetzentwurf vor und es gibt viel Kritik vom Deutschen Landkreistag. In Thüringen wird davon ausgegangen, dass die Fallzahlen um 59 % steigen und man geht von einer Verdreifachung der Kosten aus. Diese Summen sind weder vom Land noch von den Kommunen im Haushalt eingestellt. Sollte dieses Gesetz ab 01.01.2017 in Kraft treten, wird es zu massiven organisatorischen Problemen, auch auf kommunaler Ebene, kommen. In der Konsequenz wird es aber für 87 % der Betroffenen unterm Strich nicht mehr Geld geben, da die Zahlungen durch das Jobcenter dann entsprechend gekürzt werden würden.

Herr Gumprecht fragt nach dem Verfahren zur Einführung der Gesundheitskarte, ob dies auf Kreisebene oder Landesebene erfolgt.

Frau Sojka antwortet, dass dies auf Landesebene erfolgt. In diesem Zusammenhang informiert sie noch, dass die Abrechnungen von 2013, 2014 und 2015 erfolgt sind.

Die Landrätin hat keine weiteren Informationen und übergibt das Wort an Herrn Prof. Dr. Dhein mit der Bitte um Ausführungen zur „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“.

Herr Prof. Dr. Dhein hat ein Material „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ vorbereitet und an alle Anwesenden verteilt. Hintergrund ist ein Prozess, der auf das Jahr 2008 zurückgeht. Es geht darum, dass die meisten Menschen den Wunsch haben, zu Hause zu sterben. Zurzeit ist es so, dass die überwiegende Zahl der Menschen im Krankenhaus verstirbt. Es soll ein menschenwürdiges Sterben in vertrauter Umgebung und ausreichender medizinischer, seelsorgerischer, psychologischer Hilfe ermöglicht werden. Es geht darum, die Politik im Hinblick auf die Verbesserung der Entscheidungs- und Handlungskompetenz in die Pflicht zu nehmen. Er erläutert die 3 Handlungsfelder und 5 Leitsätze der Charta. Nachzulesen ist der gesamte Inhalt unter dem Weblink: www.charta-zur-betreuung-sterbender.de. Es besteht die Möglichkeit, diese Charta als Institution, als Organisation, als Landratsamt oder als Klinikum zu unterstützen. Ein guter Ansatz im Landkreis ist die Einrichtung einer Palliativstation am Standort Schmöln des Klinikums Altenburger Land. Auch das Planen und die Errichtung eines Hospizes sollte weiter vorangetrieben werden und Unterstützung durch den Landkreis erhalten. Es gibt ein Votum des Deutschen Landkreistages vom 09.09.2016, zur Verwirklichung der Ziele der Charta auf kommunaler Ebene nach Kräften mitzuwirken.

Herr Gumprecht bedankt sich für die Ausführungen. Hierzu gibt es keine Anfragen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Hinweise und Anfragen.

Herr Gumprecht beendet um 17:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses.

Altenburg, den 22.12.16

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Stellv. Ausschussvorsitzender

Barbara Hillig
Mitarbeiterin FD 26